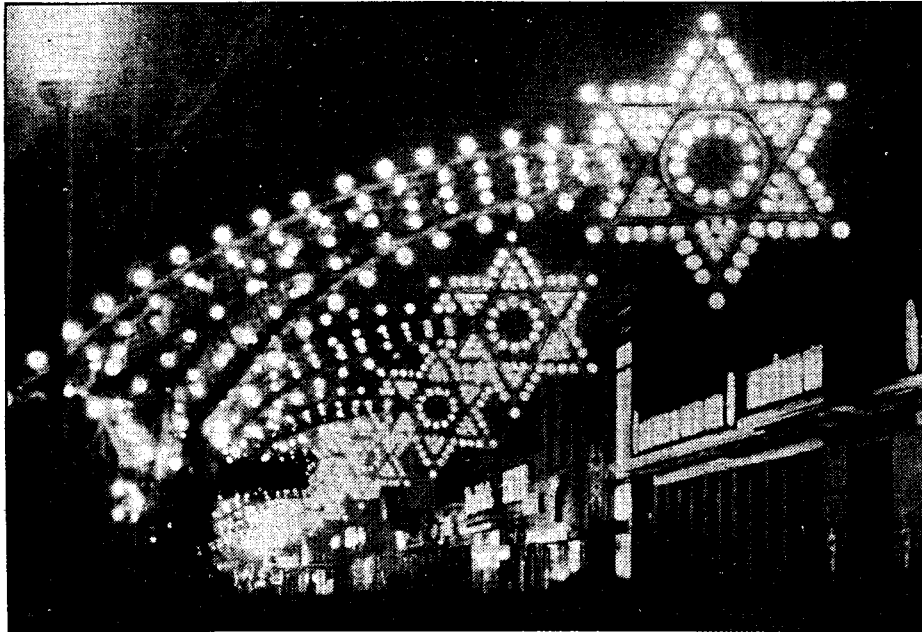


Es muß auch flimmern

In dem drängelnden Vorweihnachtsgetriebe auf der Düsseldorfer Königsallee gab es einen Auflauf. Mit kurzem Aufjaulen hatte ein Hund auf Westdeutschlands anspruchsvollem Boulevard zur abendlichen Einkaufsstunde einen jähen Satz gemacht und war darauf bewußtlos liegengeblieben. Passanten und der Hundeherr machten sich sogleich an die Untersuchung des rätselhaften Unfalls: von dem Flimmer der in kühnem Schwung auf die Geschäftsschaufenster



Sternenglanz der Innenstadt: Protest gegen Düsseldorfs Kö-Beleuchtung

zufliegenden Dekorationskometen unberührt, hatte das arme Tier einen mit Tannengrün umwundenen Kometenfuß mit einem Baum verwechselt.

Kaum hatte der Hund jedoch das Bein erhoben, da traf ihn durch die eigene Wassersäule ein elektrischer Schlag. Erschreckt ob solcher drohenden Gefahren, wurde sogleich ein Polizist herbeigeholt. Auch er verspürte einen Schlag in der Hand, als er sie prüfend an den ins Pflaster gerammten Kometenfuß legte. Die Polizei kam bald zu dem Schluß, daß durch den regennassen Mast Rückströme vom strahlenden Glühbirnenstern der Erde zujagten.

Sofort gab sie Alarm. Das vorweihnachtliche Lichtermeer der Innenstadtstraßen Düsseldorfs erlosch auf einen Schlag. Arbeiter der Stadtwerke mußten eine ganze Nachtschicht einlegen, um die Lichtquellen der Festbeleuchtung neu zu isolieren.

Auf der Sitzung des städtischen Finanzausschusses aber, auf der der elektrisierte Hund zur Sprache kam, wurde auch die Frage der Zweckmäßigkeit des lichterglänzenden Weihnachtsrummels überhaupt ausgiebig diskutiert.

Wie in den meisten westdeutschen Städten gingen auch die Meinungen der Düsseldorfer Stadtväter weit auseinander über den Aufwand an Werbung, der die Stadtkerne der Bundesrepublik zur Jagd auf den Weihnachtskäufer schon vier Wochen vor dem Christfest erbarmungslos ausgeleuchtet hat. Die Düsseldorfer Rats-

herrin Hölters (CDU) bezeichnete das „amerikanische Weihnachtspanorama“ erregt als einen Schlag ins Gesicht.

Denn in Düsseldorf ist die Stadtverwaltung mit einem Drittel an den Kosten der Straßen-Illumination beteiligt. Die Durchführung der Weihnachtsbeleuchtung liegt in der Hand einer Werbegemeinschaft Düsseldorfer Geschäftsleute, die auch die entsprechende Umlage der Anliegengeschäfte einkassiert.

Mit ihrem Drittel an der auf 180 000 Mark veranschlagten Kometen-Beleuchtung ist Düsseldorf Stadtverwaltung in eine peinliche Zwickmühle zwischen die steuerkräftigen Werbegemeinschafts-Kauf-

leute der Innenstadt und andere Interessenten geraten: Einmal fürchten die kleineren Nachbargemeinden um ihren Weihnachtsumsatz. Besonders aber Düsseldorfs eigene Außenbezirke und Vororte fühlen sich durch die Völkerwanderung in die zentralen Geschäftsstraßen benachteiligt.

Denn mit ihren Steuern wird das mitfinanziert, was die Massen zum Geldausgeben fern von ihren Wohnvierteln und fern den finanzschwächeren kleineren Geschäften verleiten soll. Mit der knappen Mehrheit von elf zu neun Stimmen konnte der Finanzausschuß deshalb die zugesagten 60 000 Mark nur bewilligen, als er dieser Summe für eine ähnliche Weihnachtswerbung in den am lautesten protestierenden Düsseldorfer Vororten Eller und Benrath noch 4300 Mark nachgeworfen hatte.

Trotz aller Anfeindungen aber wollen Düsseldorfs Groß-Geschäftsleute, wie ihre Kollegen im ganzen Bundesgebiet, nicht auf den weihnachtlichen Kometenglanz der Innenstadt verzichten. Die allgemeine Kaufunlust der vergangenen Monate und das warme Wetter (Textilien-Flaute) hat ihnen große Hoffnungen auf das Weihnachtsgeschäft gemacht.

Selbst ein sonst so andachtsfroher Mann wie Düsseldorfs Oberbürgermeister Josef Gockeln, Ritter des kirchlichen Ordens vom Heiligen Grabe, hat sich, bei Ablehnung aller Auswüchse, die Devise des Handels zu eigen gemacht: „Wo die Wirtschaft funktioniert, muß es auch flimmern.“

Kanzler-Briefe

Statt eine Jungferrede zu halten, stellte FDP-Neu-MdB und Helgolandkrieger Hubertus Prinz zu Löwenstein in der ersten Fragestunde des zweiten Deutschen Bundestages am 3. Dezember der Bundesregierung eine Gretchenfrage:

„Wie stellt sich die Bundesregierung zu der vom 10. Juli 1953 datierten Änderung des saarländischen Staatsangehörigkeitsgesetzes, auf Grund derer die Regierung Johannes Hoffmann den Deutschen Bundestag als ausländisches Parlament behandelt?“

Innenminister Gerhard Schröder antwortete für die Bundesregierung. Es war die einzige Antwort in dieser Sitzung, die mit Beifall bedacht wurde: „... Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß das Saargebiet rechtlich nach wie vor ein Teil Deutschlands ist und daß im Verhältnis der Bundesrepublik zum Saargebiet für die Anwendung des Begriffes 'Ausland' kein Raum ist...“

Nun hatte aber genau eine Woche vorher, am 26. November, Bundeskanzler Konrad Adenauer seinem gesamtdeutschen Minister Jakob Kaiser einen Brief geschrieben, dessen wörtlicher Text an Klarheit zu wünschen übrig ließ, aus dessen Geist der gesamtdeutsche Kaiser aber entnahm, daß Konrad Adenauer ihm das Referat für die Saar und alle umstrittenen Grenzgebiete im Westen wegnehmen und dem Auswärtigen Amt zuschlagen wolle. Der „Kaiser ohne Land“ drohte nun auch noch einer ohne Kompetenzen zu werden.

Es wurde innerhalb einer Woche offenbar, wie diffizil für die deutsche Bundesregierung der Begriff „Ausland“ ist: Just als der Innenminister im Namen der Bundesregierung im Parlament verkündete, daß „im Verhältnis der Bundesrepublik zum Saargebiet für die Anwendung des Begriffes 'Ausland' kein Raum“ sei — just zu dieser Zeit übertrug der Kanzler derselben Regierung die Bearbeitung deutsch-saarländischer Fragen seinem Außenministerium, dessen Aufgaben eben im Ausland liegen.

Zwar führte das deutsche Auswärtige Amt auch schon bisher die außenpolitischen Verhandlungen in Paris und Straßburg über die Saar. Aber alle über dieses diplomatische Feld hinausgehende Aktivität war dem gesamtdeutschen Ministerium vorbehalten. Das gesamtdeutsche Ministerium konnte sich dabei auf eine gewisse Tradition der Saar als deutsch-französischer Zankapfel berufen. Schon in der Weimarer Republik war nicht das Reichsaußenministerium in erster Linie für die Saar zuständig, sondern das Preußische Innenministerium.

Der Saar-Referent im Innenministerium hieß damals zeitweilig Hans Globke. Ausgerechnet dieser Hans Globke, heute Staatssekretär im Bundeskanzleramt, war es jetzt, der zusammen mit Außenamts-Staatssekretär Walter Hallstein den Kanzler bewog, den ohnehin nicht mehr sehr einflußreichen gesamtdeutschen Minister weiter zu entmachten, indem ihm das Saarreferat entzogen wurde. Statt dem Kaiser zu lassen, was des Kaisers war, riet der Staatssekretär diesmal, dem Kanzler zu geben, was nicht des Kanzlers ist.

Reine Freude bereitete Konrad Adenauer mit dieser Regelung nur Paris. In französischer Sicht hatten damit die Saargespräche zwischen François-Poncet und Konrad Adenauer einen ersten fühlbaren Erfolg:

● Die Saar war vom deutschen Bundeskanzler von einer „gesamtdeutschen“ zu einer „auswärtigen“ Angelegenheit degradiert worden.